

SZENARIEN

DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT

2 | 2016

NUN SAG DEUTSCHLAND, WIE HAST DU'S MIT DER MIGRATION?



1

SZENARIO 1

Ein Plädoyer aus der Zukunft: Wie ein aus der Not geborenes Einwanderungsgesetz Deutschland vielfältiger und liberaler machte!
von Sascha Krannich

Seite 3



2

SZENARIO 2

Das Trendszenario: Von einer, die blieb. Ein Rückblick aus der Zukunft
von María José Muñoz C.

Seite 7



3

SZENARIO 3

Deutschland ist nicht mehr attraktiv für Einwanderer: Ein Weckruf aus der Zukunft
von Danilo Rößger

Seite 11



EINLEITUNG

von Thilo Schöne, FES, Projekt „Die Praxis der Einwanderungsgesellschaft“

Die Gretchenfrage der deutschen Migrationspolitik ist nach wie vor nicht beantwortet. Seit vielen Jahren ist Deutschland ein Einwanderungsland, doch weiterhin werden verschiedene Signale ausgesendet. In den rot-grünen Regierungsjahren gab es eine Vereinfachung der Einwanderungsmöglichkeiten und mit der Novellierung des Staatsbürgerschaftsgesetzes eine Zäsur des Verständnisses davon, wer deutsche Bürgerin oder Bürger ist. Später wurde es besonders hochqualifizierten Arbeitskräften erleichtert, nach Deutschland zu migrieren. Das Jahr 2015 sah sowohl Lockerungen als auch neue Restriktionen in der Asylpolitik vor, besonders im zweiten Halbjahr angesichts hoher Zahlen einwandernder Geflüchteter, aber auch angesichts eines migrationsfeindlichen Teils der Bevölkerung. Die Debatte um ein ganzheitliches und den demographischen Bedürfnissen angepasstes Einwanderungsgesetz, das Deutschland auch ein anderes Image für Migrantinnen und Migranten verleihen würde, ist weit davon entfernt, abgeschlossen zu sein.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung eröffnet Ihnen mit dieser Publikationsreihe eine Perspektive, die wir im Alltag selten einnehmen: Debattenbeiträge aus der Zukunft. Heraus aus der Tagespolitik und den derzeitigen gesellschaftlichen Diskussionen und hinein in zehn Jahre entfernte Visionen unseres Landes. Ein Blick in die Zukunft kann den Horizont erweitern für die möglichen Konsequenzen aktueller Politik und Alternativen aufzeigen. Aus der zukünftigen Perspektive heraus antworten die Debattenbeiträge auf die Fragen: Wie verändern sich Migrationsbewegungen nach Deutschland? Welche Auswirkungen hat eine restriktivere bzw. eine offenere Einwanderungspolitik auf die deutsche Gesellschaft? Wie kann das Zusammenleben gelingen?

Darüber haben die Autorinnen und Autoren nachgedacht. María José Muñoz C. ist eine Anthropologin und Diversity Trainerin mit deutsch-bolivianischer Migrationsgeschichte, Danilo Rößger arbeitet als freier Journalist und Sascha Krannich als Migrations-

forscher mit Schwerpunkt auf dem internationalen Vergleich von Einwanderungsregeln. Sie gehen in ihren Szenarien von unterschiedlich hohen Zuwanderungszahlen aus. Sascha Krannich beschreibt, wie eine hohe Einwanderung nach Deutschland gestaltet werden könnte, während Danilo Rößger eine Warnung aus der Zukunft sendet für den Fall, dass die Einwanderungszahlen einen sehr niedrigen Stand erreichen. Die Konsequenzen sind offensichtlich negativ, auch wenn Danilo Rößger trotzdem Vorschläge für alternative Handlungsmöglichkeiten präsentiert. María José Muñoz C. blickt zurück auf eine Entwicklung, die davon ausgeht, dass sich das Hier und Jetzt ohne große positive oder negative Veränderungen fortsetzt. Doch auch in diesem Fall ist ein Wandel der deutschen Gesellschaft zu beobachten. Die aufgezeigten Politikempfehlungen gehen von den Gestaltungsmöglichkeiten dieser Szenarien aus und denken in diesen Extremen. Sie sind keine in jeder Situation gültigen Empfehlungen der Autorinnen und Autoren oder der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Szenarien wurden in Workshops zusammen mit Expertinnen und Experten erarbeitet. Sie sind keine Träume, auch keine Wünsche, sondern anhand von gemeinsam identifizierten Grundannahmen ausgearbeitete Szenarien, die realistische Entwicklungsstränge in Extremfällen zeichnen. Auch wenn nur einzelne der vorgestellten Maßnahmen umgesetzt werden, kann dies die Richtung und Ausprägung unserer Einwanderungsgesellschaft beeinflussen.

Das Verständnis von Migration als einer Normalität im globalisierten 21. Jahrhundert sowie von Integration als einem vielseitigen Prozess, der alle Mitglieder einer Gesellschaft betrifft und deren Meinungen respektvoll in einen Dialog bringt, bildet die Grundlage der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Da Sie ein Teil dieser Gesellschaft sind, hoffen wir, Ihnen mit der Lektüre dieses Hefts neue Denkanstöße geben zu können und auch Sie zu ermutigen, in Zukunftsszenarien zu denken.



SZENARIO 1

Ein Plädoyer aus der Zukunft: Wie ein aus der Not geborenes Einwanderungsgesetz Deutschland vielfältiger und liberaler machte!

von Sascha Krannich, Postdoc am Forschungskolleg (FoKoS) der Universität Siegen

Deutschland im Jahr 2026:

Zuwanderung ist nach wie vor ein großes gesellschaftliches Thema. Dennoch hat sich die inhaltliche Auseinandersetzung grundlegend geändert. Während man vor zehn Jahren noch sehr emotional über die Aufnahme und Integration von Millionen Flüchtlingen – vor allem aus dem Nahen und Mittleren Osten – stritt, so diskutiert man heute überwiegend unaufgeregt in den Medien und der Politik über die Steuerung der Arbeitsmigration. Und das, obwohl jährlich noch hunderttausende Flüchtlinge nach Europa kommen. Die meisten davon nach Deutschland. Jedoch ist es inzwischen gelungen, die Flüchtlinge, im Unterschied zu damals, nach einem fairen Verteilungsschlüssel innerhalb der EU und in Deutschland schnell in den regionalen Wohnungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren. Insgesamt herrscht eine positive Willkommenskultur. Über breite gesellschaftliche Gruppierungen hinweg ist es anerkannt, dass der Islam zu Deutschland gehört. Damit hat sich Deutschland zu einem der liberalsten Einwanderungsländer der Welt entwickelt, das durch seine hohen Zuwanderungszahlen in der jüngeren Vergangenheit noch vielfältiger und für weitere potenzielle Zuwanderinnen und Zuwanderer noch attraktiver geworden ist.

Im Jahr 2016 war die Situation grundlegend anders:

Erstens stritten Wirtschaft und Politik um den richtigen Weg, wie man mehr – gut ausgebildete – Fachkräfte aus dem Ausland nach Deutschland holen könnte, um die durch den demografischen Wandel entstandenen Lücken auf dem Arbeitsmarkt zu schließen. Zweitens gab es eine sehr emotionale Debatte um den

richtigen Kurs in der Flüchtlingspolitik, die die deutsche Gesellschaft spaltete. Ausgangspunkt war dabei die Aufnahme von rund einer Million Flüchtlingen in Deutschland im Jahr 2015. Einerseits begleiteten zahllose ehrenamtliche Helferinnen und Helfer in allen deutschen Städten die hier Angekommenen und kümmerten sich um Verpflegung und Unterkunft. Dies war ein beispielloser zivilgesellschaftlicher Kraftakt in der deutschen Geschichte. Auf der anderen Seite sammelten sich im Eiltempo Flüchtlingsgegner und rechte Gruppierungen, um aktiv gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und die migrationsfreundliche Mehrheitsgesellschaft vorzugehen. Sie trafen sich zu Demonstrationen gegen die deutsche Einwanderungspolitik, pöbelten im Internet gegen das „Gutmenschentum“ der Helfenden und schreckten nicht einmal vor Anschlägen auf Asylbewerberheime zurück. Zu allem Überfluss schafften es die EU-Länder nicht, die Zuwanderungswellen zu regulieren und sich auf eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge zu einigen.

Wie gelang es damals, den gesellschaftlichen Herausforderungen sinnvoll zu begegnen?

Aufgrund des gewaltigen öffentlichen Drucks großer Teile der Zivilgesellschaft, die Einwanderungspolitik neu auszurichten, entschied sich die damalige schwarz-rote Bundesregierung für einen grundlegenden Neustart und berief einen Zukunftskonvent zur Ausarbeitung eines vollkommen neuen Einwanderungsgesetzes ein. Dazu wurden Vertreterinnen und Vertreter aller demokratischen Parteien, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, aus der Wissenschaft sowie der Zivilgesellschaft, einschließlich ver-

schiedener Religionsverbände und Migrantenorganisationen, eingeladen, damit das Gesetz von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen werden konnte. Man wollte aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und ein Einwanderungsgesetz aus einem Guss erarbeiten. Keine Flickschusterei mehr, sondern ein klares, transparentes und liberales Gesetz, durch das die Zuwanderung aller Einwanderungsgruppen geregelt wird, und das es sowohl Bildungsmigrant_innen und Arbeitsmigrant_innen als auch Flüchtlingen und deren Familien ermöglicht, ein neues und gutes Leben mit einer langfristigen Bleibeperspektive in Deutschland aufzubauen. Dabei basiert das neue Einwanderungsgesetz auf fünf Eckpunkten.

Mehr Transparenz in der Gesetzgebung:

Im Jahr 2016 gab es noch 52 verschiedene Aufenthalts- und Beschäftigungstitel für Einwanderinnen und Einwanderer in Deutschland, die in verschiedenen Gesetzen und Verordnungen geregelt wurden. Mit dem neuen Gesetz wurden viele dieser Bestimmungen zusammengefasst.

Vereinfachte und auf Dauer ausgerichtete Aufenthaltsregelungen:

Viele unterschiedliche Bestimmungen für verschiedene Einwanderungsgruppen wurden vereinheitlicht und auf einen langfristigen Verbleib ausgerichtet. So können sich z.B. Flüchtlinge sofort nach der Einreise um einen Ausbildungs- oder einen Arbeitsplatz bewerben und eine Aufenthaltsgenehmigung von fünf Jahren erhalten, genauso wie eingewanderte Fachkräfte in Mangelberufen. Nach Ablauf dieser fünf Jahre können sie eine unbefristete Niederlassungserlaubnis bekommen oder bereits eingebürgert werden. Familienmitglieder erhalten unmittelbar nach der Einwanderung ebenfalls freien Zugang zum Gesundheitswesen, zum Arbeitsmarkt sowie zum Bildungswesen.

Einheitliche Regelung für die Arbeitsmigration durch ein Punktesystem:

Die Einführung eines solchen Systems hat es einfacher gemacht, die Erwerbsmigration besser nach den Bedürfnissen des deutschen Arbeitsmarktes zu regulieren. Unter einem Punktesystem versteht man die Auswahl nach bestimmten Kriterien (wie Alter, Qualifikation, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse etc.), für die jeweils Punkte vergeben werden. Das Punktesystem besteht parallel zur „EU Blue Card“ und ermöglicht es, ausländischen Fachkräften auch ohne konkrete Arbeitsplatzzusage von einem deutschen Unternehmen nach Deutschland einzuwandern. Erstmals nur für drei Jahre, aber mit der Option auf Verlängerung. Zuvor war dies nur Akademikerinnen und Akademikern für einen Zeitraum von sechs Monaten möglich.

Gezielte Integrationsangebote:

Um Zugewanderten eine dauerhafte Bleibeperspektive in Deutschland zu bieten, wurden auch die Integrationsmaßnahmen verstärkt. Dies geschah vor allem durch die bundesweite Einrichtung von „Welcome Centers“ in allen Groß- und Kleinstädten. Dort gibt es gezielte Integrationsmaßnahmen für alle Zuwanderungsgruppen. Für Flüchtlinge werden neben Sprachkursen, Fortbildungsangeboten und Hilfeleistungen bei der Wohnungs- und Arbeitssuche auch Kultur- und Freizeitveranstaltungen in der Region angeboten, um sich schneller an die neue Umgebung zu gewöhnen und häufiger mit der Aufnahmegesellschaft in Kontakt zu kommen. Zudem koordinieren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den „Welcome Centers“ in Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen sogenannte Employment- und Mentoring-Programme, die sich sowohl an die Hauptzuwanderinnen und Hauptzuwanderer als auch an deren Familienangehörige richten, um sie bei einer schnellen Arbeitsmarktintegration zu unterstützen.



Mehr Werbung im Ausland:

Deutschland wirbt selbstbewusst mit dem Label „Make it in Germany“ als Einwanderungsland im Ausland. Im Vordergrund stehen soll dabei eine Mischung aus sehr guten Jobmöglichkeiten und dem „Land als Ganzem“, das hohe Lebensqualität verspricht. Zudem führen Botschaften und Konsulate – nach australischem Vorbild – Ausstellungen mit dem Titel „Skills Germany Needs“ in potenziellen Herkunftsländern durch. Dabei können sich deutsche Unternehmen und Verwaltungseinrichtungen präsentieren und um Fachkräfte werben. Auch Stiftungen und andere Organisationen im Ausland sind darin eingebunden.

Das neue Einwanderungsgesetz trat 2019 in Kraft.

Es dauerte noch weitere drei Jahre bis das neue Einwanderungsgesetz nach intensiven und teil-

weise sehr harten Auseinandersetzungen mit knapper Mehrheit verabschiedet werden konnte. Vor allem die konservativen Kräfte innerhalb der Union und die AfD – mittlerweile im Bundestag und in fast allen Landesparlamenten vertreten – kämpften vehement gegen das Gesetz und stimmten erwartungsgemäß dagegen. Sie bevorzugten eine wesentlich restriktivere Regelung mit niedrigen Zuwanderungskontingenten, eng befristeten Aufenthaltsrechten für Flüchtlinge und einem sehr eingeschränkten Familiennachzug. Trotzdem zeigte sich der Erfolg des neuen Gesetzes sehr schnell. Bereits in den ersten Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes kamen jährlich fast zwei Millionen Einwanderinnen und Einwanderer aus der ganzen Welt nach Deutschland, nicht nur um Schutz und Asyl, sondern vor allem auch um Jobs auf dem lukrativen deutschen Arbeitsmarkt zu finden. Demgegenüber sind etwa im gleichen Zeitraum

ca. eine Million Menschen aus Deutschland abgewandert. Das macht ein Saldo von rund einer Million Migrantinnen und Migranten pro Jahr. Dadurch ließen sich die großen Lücken auf dem Arbeitsmarkt zumindest teilweise schließen und die demografische Schrumpfung der deutschen Gesellschaft verlangsamen. Dies trug auch zu einer Stabilisierung der Sozialsysteme bei. Flüchtlinge, die nicht sofort in den Arbeitsmarkt integriert werden konnten, wurden zumindest erst einmal in bedarfsgerechten Wohnheimen dezentral in verschiedenen Städten untergebracht. Durch zahlreiche Integrations- und Weiterbildungsangebote haben diese Flüchtlinge jedoch eine sehr gute Chance, nach einer gewissen Zeit ebenfalls Fuß auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt zu fassen.

Die zentralen Eckpunkte des neuen Einwanderungsgesetzes sind:

- mehr Transparenz in der Gesetzgebung,
- vereinfachte und auf Dauer ausgerichtete Aufenthaltsregelungen,
- eine einheitliche Regelung für die Arbeitsmigration durch ein Punktesystem,
- gezielte Integrationsangebote und
- mehr Werbung im Ausland für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Dennoch ist nicht alles eitel Sonnenschein im Jahr 2026:

Obwohl die Zuwanderung in Deutschland weitestgehend in geregelten Bahnen verläuft, besteht noch immer großer Handlungsbedarf bei den Fluchtursachen in den Herkunftsländern. Dabei müsste die Politik in Zukunft noch wirkmächtiger auf eine ausgewogene Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe mit politischen, wirtschaftlichen, aber insbesondere auch zivilgesellschaftlichen Akteuren in den Herkunftsländern setzen. Migrantenorganisationen aus Deutschland könnten stärker eingebunden werden, da sie aufgrund ihrer sehr guten Kenntnis des Herkunftslands und vorhandenen Netzwerke in mehreren Ländern eine aktive Brückenfunktion in der Entwicklungszusammenarbeit zwischen Deutschland und den Herkunftsländern einnehmen könnten. Dass Migranten sogar eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung des Herkunftslandes spielen können, zeigten bereits die sehr aktiven indischen und mexikanischen Diasporas in den USA, die wesentlich zur Industrialisierung Indiens und Mexikos beigetragen haben.



SZENARIO 2

Das Trendszenario: Von einer, die blieb. Ein Rückblick aus der Zukunft

Von María José Muñoz C., Anthropologin und Diversity Trainerin mit deutsch-bolivianischer Migrationsgeschichte

Es ist kurz vor drei und ich kann nicht schlafen. Ich möchte Mateo nicht aufwecken. Also gehe ich ins Wohnzimmer und öffne die Balkontür für ein bisschen frische Luft. Schmerzvolle Erinnerungen aus der Vergangenheit kommen hoch und gleichzeitig ist mir bewusst, dass ich eine positive Zukunftseinstellung brauche.

Morgen um neun habe ich einen wichtigen Termin im Rathaus. Ich, Fariza, die Leuchtende, so mein Name in der arabischen Übersetzung, werde eingebürgert. Seit fast elf Jahren lebe ich in Deutschland.

Ich bin die älteste Tochter von drei Geschwistern. Zusammen mit meinem Cousin Ahmed habe ich mich aus Damaskus auf den Weg nach Europa gemacht. Ich war 18 und er 22. Es gab keine andere Chance oder Perspektive, aber gleichzeitig auch kein Geld, um die Flucht einer ganzen Familie zu bezahlen. Die Bilder mischen sich in meinem Kopf: Es dauerte Monate bis wir im November 2015 endlich in München am Hauptbahnhof ankamen. Damals dachte ich, dass das Schlimmste vorbei wäre. Mir wurde aber schnell bewusst, dass mit unserer Ankunft eine weitere Herausforderung begann.

Tag und Nacht begleiteten uns wütende Proteste. Obwohl wir damals kein Deutsch konnten, war uns allen klar, dass wir von denen, die da protestierten, nicht erwünscht waren. Nicht nur die Geflüchteten waren davon getroffen, sondern auch viele hilfsbereite Freiwillige vor Ort. Sie zeigten uns ein anderes Gesicht des „deutschen Volkes“. Mit Händen und Füßen versuchten sie uns zu erklären, dass diese Menschen eine Minderheit der Gesellschaft repräsentierten. Wir konnten aber trotzdem ihre Scham spüren.

Diese tiefe Spaltung der Deutschen untereinander war deutlich und wurde mit der Zeit auch nicht besser.

In Bayern blieben wir nur ein paar Monate. Die Situation dort war angespannt und wir wollten weg. Über Verwandte einer guten Freundin, die ich damals kennenlernte, war es schließlich möglich, nach Berlin zu ziehen. In den Hangars eines alten Flughafens wurde ein provisorisches Flüchtlingsheim aufgebaut. Dort nahmen wir an Sprachkursen teil, die oft total überfüllt waren. Das spielte aber keine Rolle. Immer wieder hieß es: „Wer bei uns bleiben möchte, soll sich integrieren wollen und dies geht nur über die Sprache“.

Der ehemalige Flughafen lag mitten in der Stadt und wurde inzwischen als ein riesiger Park benutzt. Es war idyllisch, durch das Feld oder die ruhigen naheliegenden Straßen zu spazieren. In dieser Harmonie schienen Krieg und Flucht unmöglich zu sein. Es gab viele nette Cafés. Oft hörten wir sogar, dass die Bedienung nur Englisch konnte und niemand etwas dagegen hatte.

Die Menschen, die in der Nähe wohnten, stammten aus unterschiedlichen Kulturen. Die meisten bezeichneten sich selber als weltoffen und tolerant. Obwohl eine Trennung zwischen den verschiedenen Gruppen sichtbar war, kam es selten zu Konflikten. Diese Harmonie war nicht überall im Land zu spüren. Die rechtspopulistischen Bewegungen gewannen an Bedeutung. Die Wahlen im Jahr 2017 waren ein deutlicher Wendepunkt. Die AfD und ihre Forderungen kamen in den Bundestag. Angela Merkels Zeit war indes vorbei, die Union suchte nach einem neuen Gesicht, damit sie die „Skeptischen“



wieder gewinnen könnte: Ein weißer, konservativer Mann aus Bayern war seitdem Bundeskanzler. Damit fand ein klarer Rutsch nach rechts statt. Obwohl die Opposition groß war, war sie leider nicht stark genug.

In der Außenpolitik wurden zudem weitere Abkommen mit Nachbarstaaten in Konfliktregionen nach dem Vorbild der Türkei abgeschlossen, die weitere Fluchtbewegungen nach Europa verhindern sollten. Nicht nur für Deutschland war es praktischer und günstiger, Länder wie die Türkei, Tunesien oder Marokko dafür zu bezahlen, dass sie sich um die Geflüchteten kümmern und dafür sorgten, dass diese nicht weiterreisen konnten. Doch die Kapazität der Auffanglager war begrenzt auf wenige Hunderttausende, die nach Schutz suchten. Es war klar, dass die Situation komplexe, langfristige

Konsequenzen für die betroffenen Menschen und Staaten mit sich brachte. In Europa wurde diese Praxis dennoch als Teil der neuen Friedenspolitik gesehen. Ein kritischer Punkt war außerdem, dass weiterhin Waffen exportiert wurden, wenn auch deutlich weniger in Konfliktregionen. Aber wir alle wissen, dass derartige Objekte sich bewegen, ohne dass die Staaten eine strenge Kontrolle durchsetzen könnten.

Erst nach etlichen Jahren gelang es, den Krieg in Syrien zu beenden. Trotzdem ist die Anzahl Asylsuchender auf der Welt weiter gestiegen. Neue Kriege und Konflikte sind entstanden. Darüber hinaus gewann eine neue Art der Flucht an Bedeutung. Die vielseitigen Auswirkungen des Klimawandels sind stark zu spüren, vor allem in Ländern des globalen Südens. Dies hat eine neue Migrationsdynamik verursacht,

erst vom Land in die Städte und von dort ging die Suche nach Wasser und fruchtbaren Böden weiter. Millionen von Menschen sind davon betroffen, ohne dass es eine richtige Strategie dagegen gibt. Weltweit sind viele Regierungen mit der Situation überfordert. Es fühlt sich wie ein langsamer Niedergang an, bei dem Europa nicht wirklich zuschauen möchte und sich deshalb heraushält.

Parallel zu der strengen Asylpolitik Europas wurde in Deutschland ein neues Einwanderungsgesetz mit einer klaren wirtschaftlichen Prägung eingeführt. Die „erwünschten“ Migrant_innen aus dem nicht-europäischen Raum sind entweder Hochqualifizierte oder solche, die in Bereichen arbeiteten, in dem es wenige Fachkräfte gab wie z.B. in der Pflege. Inzwischen ist uns allen klar, dass Deutschland schon lange von der Migration qualifizierter Fachkräfte aus den südeuropäischen Ländern profitiert.

Obwohl der demographische Wandel in mehreren Branchen stark zu spüren ist, wandern heute viel weniger Menschen ein, als das Land eigentlich bräuchte. Die Zunahme des Rechtspopulismus führte dazu, dass für viele Deutschland als Einwanderungsziel „weniger attraktiv“ wurde. So wurde es in den Zeitungen erklärt. Im Alltag bedeutete das: Rassistische Einstellungen und Angriffe verbreiteten Angst. Dies galt nicht nur für die potenziellen Neuankömmlinge, sondern auch für Menschen, die schon vorher da waren. Viele von denen sind in Deutschland geboren und aufgewachsen oder wohnen schon seit mehreren Jahren hier. Einige haben sogar das Land verlassen, weil die Alltagsspannung nicht auszuhalten war. Egal, wie gut man Deutsch spricht, egal, ob man einen deutschen Pass besitzt oder nicht, in einigen Teilen der Gesellschaft wird man bis heute als „fremd“ wahrgenommen. Ist es ein „Problem“ der Religion? Der Kultur? Oder des Aussehens?

Was müsste passieren, damit sich Deutsche, die nicht als Weiße gesehen werden, sich in ihrer Heimat wohlfühlen? Was bedeutet es überhaupt, deutsch zu sein? Was bedeutet es für mich, deutsch zu werden?

Mit diesen und anderen Fragen haben sich mehrere Organisationen intensiv beschäftigt. Es war wichtig, dass in der Öffentlichkeit – sei es in der Politik oder in den Medien – die Präsenz von Menschen unterschiedlicher Herkunft sichtbarer wurde. Eine starke Widerstandsbewegung gegen den Aufstieg der rechten Parolen und für die Vielfalt entstand vor allem in den Städten. Damit wurde eine kritische Auseinandersetzung mit vergangenen Fluchtgeschichten in Deutschland und ihre Bedeutung in der Gegenwart ermöglicht. Die Bewegung wollte auch die Komplexität einer bunten Gesellschaft ernst nehmen, aber gleichzeitig ihr Potenzial erkennen. Die Hauptstrategie war es, auf der Alltagsebene zu beginnen. Das erste Mal, als ich von der Initiative erfuhr, war während einer Informationsveranstaltung in unserem Heim. Ihre Ansätze zu hören, gab mir Kraft und Mut.

Durch den Einfluss dieser Bewegung war eine Politik des Familiennachzugs möglich. Die Zustimmung zu diesem Gesetz war ein wichtiger Erfolg. Meine Eltern wollten in Syrien bleiben, was ich nachvollziehen konnte. Ich hatte langsam hier auch ein Leben aufgebaut, dadurch konnte ich mir zu diesem Zeitpunkt keine Rückkehr vorstellen. Ich habe als Bildungsmultiplikatorin gearbeitet und obwohl der Bereich sehr wichtig war, gab es leider wenig Förderung dafür. In dem Kontext war die Zusammenarbeit zahlreicher Institutionen der verschiedenen Gemeinschaften zentral. Viele hatten bereits eine breite Expertise zu Themen wie Vielfalt, Integration, Rassismus, interkulturelle Arbeit und bilinguale Bildung. Dieses Wissen war seit längerer

Zeit in Deutschland, wurde aber von der Mehrheitsgesellschaft nicht richtig berücksichtigt.

Die Lage in Syrien war noch nicht gut, meine Mutter meinte: „Wenn alle wegziehen, wer bleibt? Wer wird dieses Land wieder aufbauen?“

Politikempfehlungen für ein Trendszenario, in dem die Zuwanderungszahlen auf dem Durchschnittsniveau der vergangenen Jahre gehalten werden:

- Einwanderungsgesetz, das primär den Arbeitsmarkt im Blick hat
- Schnellere Einbürgerungsmöglichkeiten als Integrationserleichterung, Möglichkeit politischer Teilhabe und Anerkennung
- Sofortige, kostenlose Sprachkurse als Integrationshilfe
- Familiennachzug gewährleisten, um Integration zu erleichtern
- Zwischenstaatliche Kooperationen mit den Nachbarländern der EU, um Flüchtlingsbewegungen zu lenken
- Schule als Begegnungsstätte ausbauen (z.B. Zusammenarbeit zwischen den freiwilligen Netzwerken, den Nachbarn und den Migrantenorganisationen)
- Brachflächen für Unterkünfte nutzen
- interkulturelle Arbeit von Alteingesessenen und Zugezogenen fördern

Sie hatte ihr ganzes Leben als Ärztin gearbeitet und war immer von ihren eigenen Ideen überzeugt. „Ich werde hier viel mehr gebraucht als in der Warteschlange in einem Land, wo ich nicht von allen gewollt bin.“ Ihre Willensstärke hat mich immer fasziniert. Während des Krieges habe ich mich gefragt, wo sie diese Kraft fand.

Mein Vater wollte bei ihr bleiben. Er ist Lehrer, hat aber seit dem Beginn des Kriegs meine Mutter unterstützt. Sie waren ein gutes Team, beide fehlen mir sehr. Zusammen hatten wir entschieden, dass meine zwei Brüder doch zu mir nach Deutschland kamen. Wir alle hatten Angst, denn es hieß, die Familie nochmal zu zerreißen. Für mich bedeutete es eine große Verantwortung, weil sie noch jung waren. Als sie kamen, war ich bereits mehrere Jahre hier, sodass ich eine richtige Wohnung hatte und mittlerweile als Arabischlehrerin arbeitete. Ihre Ankunft gab meinem Leben in Deutschland einen anderen und viel positiveren Sinn. Obwohl wir uns gegenseitig begleiteten und halfen, fiel es den beiden trotzdem schwer, sich an diese neue Welt zu gewöhnen. Ich konnte es gut nachvollziehen, ihnen aber diesen Prozess trotzdem nicht abnehmen.

Nach der Ankunft meiner Brüder wurde mir klar, welche wichtige Rolle die Schule als Begegnungsort erfüllt. Viele hatten dieses Potenzial bereits vorher erkannt. In unserer Schule entwickelte eine Gruppe von Kolleg_innen, Eltern und Nachbar_innen ein

vielschichtiges und mehrsprachiges Bildungsprogramm. Unser Ziel war es, dass die Schule als vielseitiger Treffpunkt agierte. Die intensive Arbeit und die Bemühungen der Freiwilligen über mehrere Jahre hinweg hatten schon solide Netzwerke auf der Nachbarschaftsebene geschaffen und diese Plattform haben wir in der Schule genutzt. Nach einem Jahr mit gemeinsamen Veranstaltungen, Konzerten, Lesungen, Sportevents und Workshops aller Art wurden unsere Erfahrungen mit anderen Schulen geteilt und damit auch neue Dialogplattformen ermöglicht.

In der Zeit lernte ich Mateo kennen. Er war einer der vielen Spanier_innen der „Lost Generation“, die ihr Land aufgrund der Krise verlassen mussten und jetzt bei uns als Dolmetscher arbeiteten. Am Anfang war die Kommunikation zwischen uns lustig, eine Mischung aus Einzelwörtern und Körpersprache. Mittlerweile spre-

chen wir Deutsch miteinander, ich lerne Spanisch und er Arabisch. Unsere Beziehung ermöglichte es, dass zwei sehr unterschiedliche Welten in einer „dritten“ Kultur zusammenkamen. Obwohl es nicht immer einfach ist, kann es für beide sehr bereichernd sein. Vor zwei Wochen erfuhren wir, dass im Herbst unser erstes Kind auf die Welt kommen wird. Damit tauchen zahlreiche neue Fragen auf. Obwohl ich hier eine zweite Heimat gefunden habe, gibt es immer wieder Momente, in denen ich mich fremd fühle oder als fremd gesehen werde. Wie wird mein Kind damit umgehen? Ich glaube nicht, dass dieses Gefühl sich ändert, sobald ich den Pass bekomme. Ich werde zwar rechtlich einen besseren Zugang haben, aber wie es mich persönlich beeinflusst, wird sich noch zeigen. Doch eine Sache ist mir klar: Zugehörigkeit ergibt sich vor allem aus einer Kombination aus persönlicher Bindung und Teilhaberechten und ist damit viel komplexer als ein Papier.



SZENARIO 3

Deutschland ist nicht mehr attraktiv für Einwanderer: Ein Weckruf aus der Zukunft

von Danilo Rößger, freier Journalist

26. Mai 2026. Keine Wolke am Himmel. Vom Flugzeugfenster aus lasse ich meinen Blick über das Dinarische Gebirge schweifen, das langsam an mir vorbeizieht und von der Morgensonne angestrahlt wird. Durch meine Gehörgänge geistert Radiohead. Auch schon wieder zehn Jahre her, als sich die Band das letzte Mal gemeldet hat. Ob sie jemals wiederkommen? Ich beginne, über Verflissenes nachzudenken. Wie

viele Menschen man in seinem Leben kennengelernt hat, wie viele man wieder aus den Augen verliert. Wer heute dein Leben bestimmt, kann morgen schon wieder nichtig sein.

Erst gestern haben wir im Freundeskreis darüber geredet, dass auch Deutschland ziemlich viele Menschen den Rücken kehren. Die Nachricht, dass die Gesamtzuwanderungszahl

von 230.000 zu einem historischen Tief führte, sorgte für reichlich Gesprächsstoff. Ein negatives Wanderungssaldo hatten wir das letzte Mal vor 18 Jahren. Ich wundere mich – schließlich ist Deutschland, zumindest wirtschaftlich gesehen, nicht unbedingt schlecht aufgestellt.

Eigentlich können wir uns doch glücklich schätzen, in einem mehr oder weniger stabilen Land zu leben. Woanders auf der Welt haben die Leute nicht diese Privilegien. Bestes Beispiel bleibt wohl Syrien. Mittlerweile ist dort Ruhe eingekehrt, aber wir erinnern uns alle an 2015/16, als Millionen Syrer und Syrerinnen zur Flucht gedrängt wurden. Einer von ihnen ist Said, den ich jetzt zum ersten Mal in seiner neuen, alten Heimat besuche.

Vor zehn Jahren, im Mai 2016, habe ich ihn kennengelernt. Als der Bürgerkrieg seinen Höhepunkt erreichte, kam Said in der Hoffnung auf ein besseres Leben nach Deutschland. Ich sollte für einen Zeitschriftenbeitrag einen Flüchtling porträtieren und bin durch einen Freund auf ihn gestoßen. Ich erinnere mich noch genau, wie unsicher er sich im ersten Gespräch zeigte. Zum einen hatte er mit der Sprachbarriere zu kämpfen, zum anderen wusste er nicht, was er hier zu erwarten hatte. Kein Wunder, rechte Kräfte waren damals im Aufwind. Mehr als einmal ließ er während unserer Unterhaltung den Blick ins Leere schweifen. Seine Flucht zehrte an ihm. Und auch die Arbeitsbedingungen ließen ihn zunächst an seiner Emigration zweifeln: Zu Hause Architektur studiert, hier Burger braten?

Trotzdem ließ er sich nicht beirren und sah in Deutschland eine Chance. „Am schwierigsten war es, meine Familie zurückzulassen“, offenbarte er mir. Genau das hat ihm aber die Motivation gegeben, sich in seinem neuen Leben durchzuboxen. Er war sich sicher: „Es wird nicht ewig Krieg in Syrien geben. Und irgendwann

kann ich wieder zurück in meine Heimat“. Ich empfand es als faszinierend, dass trotz der Widrigkeiten, die er erlebt hatte, noch so viel Hoffnung in seinen Sätzen mitschwang. Für mich war es damals schwer, mich in seine Lage hineinzuversetzen. Natürlich hatte auch Deutschland in den letzten Jahrzehnten mit politischen Problemen zu kämpfen – ein Bürgerkrieg lässt sich damit aber nicht vergleichen.

Im Laufe der Zeit entstand eine innige Freundschaft zwischen uns beiden. Ich bekam mit, wie Said seine Fähigkeiten immer weiter ausbauen konnte. Wie gut, dass die Sprachkurse schon 2016 für jeden Flüchtling kostenlos zur Verfügung standen! Auch die Studienförderprogramme halfen ihm dabei, seine Lebensträume, die er sich in Syrien aufgebaut hatte, in Deutschland umzusetzen: „Ohne das Bafög und all die anderen Fördermaßnahmen hätte ich mein Architekturstudium in Deutschland niemals fortsetzen können“, erzählte er mir. Merkel hatte also Recht behalten: Ihr oft belächeltes „Wir schaffen das“ bewahrheitete sich. Genau wie Said konnten auch viele seiner Landsleute den eingeschlagenen Berufsweg in Deutschland fortsetzen oder wurden zu qualifizierten Fachkräften ausgebildet – was die hiesige Konjunktur ordentlich angekurbelt hat.

2024 war es für Said allerdings an der Zeit, zu seiner Familie zurückzukehren. Damit war er nicht der einzige. Seitdem es in Syrien ruhig geworden ist, sind viele gut ausgebildete Migranten zurück in die Heimat gezogen. Selbst Touristen lockt das Land mittlerweile an. Und einer von denen bin ich.

Said holt mich am Flughafen ab. Endlich sehen wir uns nach über zwei Jahren wieder! Wir spazieren durch die Innenstadt von Damaskus. Stolz zeigt er mir sein Architekturbüro, das er vor kurzem eröffnet hat – und die Mahnmale,

die an den Bürgerkrieg erinnern. Ich erahne im Verlauf des Spaziergangs, wie prachtvoll die Stadt einst gewesen sein muss. Die Stimmung hat sich zwar wieder entspannt, doch von der einstigen Blüte ist Damaskus noch weit entfernt. Beim Abendessen unterhalten wir uns über seinen Aufenthalt in Deutschland. „Auch wenn ich sehr dankbar bin, war es manchmal schwierig“, erinnert sich Said. „Die Bundestagswahlen 2017 und 2021 sind mir besonders in Erinnerung geblieben. Ich war schockiert, dass sich die AfD so etablieren konnte. Wer hätte gedacht, dass sie sogar einen Ministerpräsidenten stellen würde?“

Das politische Klima ließ in den letzten zehn Jahren niemanden mehr kalt. Die Polarisierung war unübersehbar: Wenn du nicht für die Rechten bist, dann bist du gegen sie. Was ich Ende

des letzten Jahrtausends schon als Kind in der brandenburgischen Provinz gelernt habe, gilt in diesen Tagen deutschlandweit. Die von den Linken befürchtete „Schreckensherrschaft“ von rechts blieb zwar aus, aber die AfD gewann so sehr an Zulauf, dass sie in der Lage war, unangenehme Impulse in der deutschen Politik zu setzen. Da war es nur noch eine Frage der Zeit, bis die Damen und Herren am rechten Rand Deutschland dazu drängten, eine restriktivere Politik beim Thema Einwanderung zu fahren. Das 2020 gebilligte Asylpaket erzeugte eine besonders abschreckende Wirkung. Die Residenzpflicht wurde fortan erneut verschärft und auch ein Familiennachzug war nur noch in den wenigsten Fällen möglich. Said kennt nicht wenige Landsleute, die es sich daraufhin zweimal überlegt haben, nach Deutschland zu gehen.



Tatsächlich nahmen die Flüchtlingszahlen ab 2018 kontinuierlich ab. Natürlich schrieb sich das die AfD auf ihre Fahnen, doch maßgeblich dafür war der UN-Gipfel im September 2016. Dort nämlich wurde ein neuer, globaler Umverteilungsschlüssel entwickelt, der die Flüchtlingsbewegungen deutlich zu entzerren wusste. Genau das kam Spanien, Portugal und Italien zugute: Von ihrer eigenen Strukturschwäche gebeutelt und durch die Regierungsübernahme neuer linker Bewegungen befördert, sahen sie die neue Art der Aufteilung als Chance für ihren eigenen wirtschaftlichen Aufschwung. Seitdem setzten sie alle Hebel in Bewegung, um Migranten anzuwerben. „Meine Schwester Aida konnte von dieser Situation profitieren“, erzählt Said. Sie erlebte ihre Kindheit in den Wirren des Krieges und sehnte sich danach, die Welt zu erkunden. Logisch, dass sie vor einem Jahr die Chance ergriff, nach Europa zu gehen.

Aktuell wird die 20-Jährige in Lissabon zur Elektroingenieurin ausgebildet. „Vor zehn Jahren hätte sie sicher auch versucht, über den Balkan nach Deutschland zu gelangen“, mutmaßt Said. „Aber diese Route gehört zum Glück der Vergangenheit an. Deutschland als Einwanderungsland spielt für uns Syrer kaum noch eine Rolle. Und wenn ich die Entwicklung der Einwanderungszahlen der letzten Jahre sehe, stehen wir mit der Meinung wohl nicht alleine da. Das ist schon irgendwie verständlich. Nach außen hin hat es wirklich etwas den Anschein, als ob sich euer Land abschottet. Obwohl es ja eigentlich gar nicht so ist. Das ist schon ein herber Imageverlust, gegen den Deutschland da gerade ankämpfen muss, oder?“ Ich stimme zu. Schließlich wissen Said und ich, dass das Leben in Deutschland lange nicht so unangenehm ist, wie es für Außenstehende den Anschein hat.

Said redet beinahe jeden Tag via Skype mit seiner Schwester. Auch an diesem Abend ist sie wäh-

rend des Essens zugeschaltet. Sie sieht glücklich aus. „Ich freue mich, in einem der wenigen Länder zu leben, die von dieser Polarisierung der Politik weitgehend verschont geblieben sind“, erzählt sie. Dass Migranten dort lediglich einen Wirtschaftsfaktor darstellen, gräme sie zwar, aber mit der richtigen Herangehensweise können helfende Hände gleich doppelt gut tun: Der Wirtschaft des Landes und den Zuzüglern selbst. Deutschland hat es schließlich auch geschafft, sich mithilfe von Arbeitsmigranten hochzuarbeiten und ein ansehnliches BIP zu erwirtschaften.

Die Arbeitskollegen von Aida stammen aus ganz unterschiedlichen Regionen. Viele kommen aus Nigeria, weil die Bedingungen unter Boko Haram schlicht nicht mehr auszuhalten sind. Nur noch wenige versuchen im stark umkämpften Abuja die Stellung zu halten. „Dort ist es jetzt wie bei uns in Syrien vor 15 Jahren“, bedauert Aida. Said ergänzt: „Wenigstens sind die Möglichkeiten, seine Familie zu Hause zu kontaktieren und sogar finanziell zu unterstützen, mittlerweile gestiegen. Wenn ich damals in Deutschland auch schon das Bitcoin-System benutzt hätte, hätte ich zumindest die Existenzängste hier zu Hause ein wenig dämpfen können“. Normalerweise mag ich bargeldloses Bezahlen überhaupt nicht, aber im Laufe des Gesprächs wird mir der Nutzen erst so wirklich bewusst.

Ich bewundere Said. Im Vergleich zu unserem ersten Interview ist er ein völlig anderer Mensch geworden. Selbstbewusst, zielstrebig, kosmopolitisch. „Es hat wohl seinen Grund, dass mich meine Eltern ‚Said‘, also ‚den Glücklichen‘ genannt haben“, lacht er. Er hat die Zeit der großen Flüchtlingsreformen in Deutschland hautnah miterlebt. Jetzt gehört er zu den Fachkräften, die Deutschland mittlerweile wieder gut gebrauchen könnte.

Said ist sich bewusst, dass ihm die Welt mittlerweile offen steht. Allerdings möchte er erst einmal in seiner Heimat bleiben. „Auch wenn es nun über zehn Jahre her ist – die Flucht war wahnsinnig kräftezehrend. Vom Reisen habe ich erst einmal genug!“ In Deutschland hingegen herrscht ein regelrechtes Mobilitätsfieber. Ich erzähle von meinen Freunden, die in alle Ecken der Welt strömen und dort Jobs annehmen. Nicht mal, weil sie sich in Deutschland unwohl fühlen, einfach weil sie es können. Englisch spricht inzwischen sowieso jeder – und falls es einmal zu Verständigungsproblemen kommen sollte, gibt es die entsprechenden Apps, die in Sekundenschnelle simultan übersetzen. Ob meine Freunde jemals zurück nach Hause kommen, wissen sie wohl selbst nicht. Die meisten planen ihr Leben nur noch kurzfristig. „Zirkuläre Migration“ ist das Schlagwort des aktuellen Jahrzehnts. Da fallen mir wieder die Einwanderungszahlen von Deutschland ein. Ich denke mir: Vielleicht sollte man sich gar nicht auf diese Zahlen versteifen. Vielleicht ist es an der Zeit, die Sicht auf diese Situation ein wenig zu ändern.

Wir beginnen über den Begriff „Heimat“ zu philosophieren. Für mich nur noch ein diffuses Konstrukt. Sofort fallen mir Sprüche wie „Home is where your backpack is“ ein. Für Said ist die Heimat jedenfalls in Syrien, wo seine Familie ist. Doch wer weiß – vielleicht sehen schon seine Kinder die gesamte Welt als ihr Zuhause an.

Gestaltungsmöglichkeiten für ein Szenario, in dem die Zuwanderungszahlen auf ein sehr geringes Niveau zurückgehen:

- Sprachkurse ab 2016 für jeden Geflüchteten kostenlos zur Verfügung stellen
- Studierendenförderprogramme wie Bafög auch für Menschen aus Drittstaaten anbieten
- Qualifizierte Kräfte direkt in hiesige Wirtschaft einbinden durch Vereinfachung bürokratischer Hürden (z.B. Abschaffen der Vorrangregelung)
- UN-Gipfel im September 2016: ein neuer, globaler Umverteilungsschlüssel, der Fachkräfte auch in ärmere EU-Länder führt und so für ein wirtschaftspolitisches Gleichgewicht sorgt
- Legale Einwanderungsmöglichkeiten anstatt der bisherigen Flüchtlingsrouten (z.B. Balkan) durch spezielle Förderprogramme
- „Zirkuläre Migration“ als neuen Trend in Sachen Wanderungsbewegung anerkennen und entsprechende Strukturen dafür schaffen



IMPRESSUM

Herausgegeben von Thilo Schöne • Friedrich-Ebert-Stiftung, FORUM BERLIN
Projekt „Die Praxis der Einwanderungsgesellschaft“
www.fes-forumberlin.de/content/einwanderungsgesellschaft.php

Die Szenarien sind entstanden unter der Mitwirkung von Planpolitik, Felix Braunsdorf, Stefan Kunath, Nele Lämmer, Larissa Ordu, Oliver Osawa, Julia Schöpp und Marlene Teichmann.

ISBN: 978-3-95861-510-6

© Friedrich-Ebert-Stiftung, FORUM BERLIN 2016 • Hiroshimastraße 17 • 10785 Berlin

Gestaltung: Heike Wächter, Berlin
Fotos: Heike Wächter (Titel, Szenario 2, Szenario 3),
ChameleonsEye / Shutterstock.com (Szenario 1)
Druck: Druckerei Brandt, Bonn • Gedruckt auf Recycling Papier
Bestellungen/Kontakt unter forum.aj@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.